

Hasim Sancar, Christine Michel (GB), Fraktion Grünes Bündnis/Junge Alternative JA!

Antrag an Budget- und Aufsichtskommission BAK betreffend Vorkommnissen während der Anti-WEF-Demo vom 19. Januar 2008

Die Budget- und Aufsichtskommission des Stadtrates hatte die Vorkommnisse während der Anti-WEF-Demo vom 22. Januar 2005 untersucht und dem Gemeinderat Empfehlungen gemacht, die auf einem überparteilichen Konsens beruhten (siehe Stadtratssitzung vom 16. Juni 2005). Leider müssen wir heute feststellen, dass die damals von der BAK kritisierten Handlungen der Polizei sich während der Anti-WEF-Demo vom 19. Januar 2008 in noch stärkerer Form wiederholt haben.

Die BAK empfahl damals, dass die Gründe der Festnahmen unverzüglich bekannt gegeben werden müssten, dass bei längeren Anhaltungen und Festnahmen eine ärztliche Betreuung sichergestellt und Getränke, Zwischenverpflegungen und Sitzgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden müssten. Die Festgehaltenen sollten ihre Angehörige so rasch als möglich informieren können. Zudem empfahl die BAK, dass die Angehörigen von Minderjährigen unverzüglich zu informieren sind. Bei den Leibesvisitationen, so die BAK-Empfehlungen weiter, sollte die Polizei sehr zurückhaltend sein, da diese für die Betroffenen entwürdigend sind. Entkleiden ist nur zulässig, wenn dies zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben unerlässlich ist.

Wir stellen fest, dass die Empfehlungen der Aufsichtskommission von 2005 nicht ernst genommen worden sind, was unseres Erachtens der Kommissionsarbeit und der Funktion der BAK nicht gerecht wird. Zudem besteht ein erhebliches öffentliches Interesse an der Klärung der Vorfälle während der Anti-WEF-Demonstration vom 19. Januar 2008.

Aus diesem Grund stellen wir folgenden Antrag an die BAK:

1. Die BAK soll die Herren Stephan Hügli, Gemeinderat und Vorsteher der zuständigen SUE-Direktion, und Manuel Willi, Chef Regionalpolizei Bern zu einem Gespräch einladen, damit die Frage geklärt werden kann, warum die BAK-Empfehlungen von 2005 von der Polizei während der Anti-WEF-Demo vom 19. Januar 2008 nicht berücksichtigt und ernst genommen wurden.
2. Die BAK soll Frau Regierungsstatthalterin Regula Mader zu einem Gespräch einladen, damit sie die Kommission über ihre Eindrücke informieren und die BAK ihrerseits ergänzende Fragen zu ihrem Bericht stellen kann.
3. Die BAK soll mit einer Medienmitteilung die Öffentlichkeit über ihre Schlussfolgerungen informieren.

Bern, 11. Februar 2008